Antrag zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Landeshauptstadt Magdeburg am 18.12.2014

Antrag:

Mit dem Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum 01.08.2013 verpflichtet der Gesetzgeber den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern von Tageseinrichtungen Vereinbarungen über den Betrieb von Tageseinrichtungen nach § 11a KiFöG LSA i.V.m. den §§ 78b bis 78e SGB VIII bis 01.01.2015 zu schließen. Diese Vereinbarungen beinhalten den Abschluss einer Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und einer Entgeltvereinbarung.

Zur Sicherstellung einer einheitlichen, transparenten und gesetzeskonformen Realisierung unterstützt der Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Magdeburg das Ansinnen der AG § 78 SGB VIII Kindertagesstätten und der daraus resultierenden UAG § 11a KiFöG LSA wie folgt:

1. Die Entwicklung einer gemeinsam zu erarbeitenden Vereinbarung mit den Bestandteilen
  - a) Leistungsvereinbarung
  - b) Qualitätsentwicklungs- und
  - c) Entgeltvereinbarungfür die Kindertagesbetreuung in der Landeshauptstadt Magdeburg.
2. Die Benennung und Mandatierung der VertreterInnen der öffentlichen Jugendhilfe und Leistungsanbieter in diesem Bereich.
3. Die Entwicklung einer Zeitschiene zur Erarbeitung der Vereinbarungen (siehe Pkt1.) mit abgestimmten Mindeststandards zur Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern in der Landeshauptstadt.

Begründung:

In den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes sind die Umstellungen vom bisherigen Zuwendungsrecht mit dem Wechsel zu Leistungsentgelten nach § 78b ff SGB VIII mit enormen Belastungen und Risiken sowohl für Jugendämter als auch für die Träger von Einrichtungen verbunden sind. Die inhaltlichen Ausgestaltungen erfordern eine gewissenhafte Planung und Erarbeitung der Vereinbarungsbestandteile, die von allen Beteiligten gemeinsam verantwortet werden müssen, um kostspielige Verfahren vor der Schiedsstelle zu vermeiden. Gebietskörperschaften, die eine AG 78 Kindertagesstätten gemeinsam mit der Verwaltung des Jugendamtes und den Trägern von Einrichtungen zur Erarbeitung der zukünftigen Vereinbarungen anhand von einheitlichen Mindeststandards entwickelt haben, ist die Zusammenarbeit für Politik, Verwaltung und Leistungsanbieter transparent und mit weniger Konflikten behaftet.

Magdeburg, 20.11.2014

Gabriele Haberland, PARITÄTISCHER Sachsen-Anhalt

Heike Rudolf, AWO Kreisverband Magdeburg e.V.